

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Pußer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Arbeitsmarkt die dreigezeigte Kleinzeile 3 M.,
Anzeigen der Bauerschaften Zeile 50 A.

Die Zementindustrie in den letzten Jahren.

Das Interesse einer Berufsgruppe bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Forderung und des konjunkturellen Standes beschränkt sich oft nur auf das eigene Gewerbe. Dabei gehen dann vielfach die Zusammenhänge mit verwandten Industriezweigen verloren, sie bleiben vielen Beteiligten unklar. Deshalb scheint uns die Zementindustrie aus dreifachen Gründen einer Darstellung wert zu sein. Der Zement in Verbindung mit dem Eisen verdrängt immer mehr die alten Baustoffe. Die Zementindustrie ist unter den Bauindustrien, mit Ausnahme der Eisenindustrie, die bestorganisierte Industrie. Ferner läßt sich in ihr die Entwicklung des Kapitals deutlich verfolgen.

Eine Betrachtung der Entwicklung der Zementindustrie zeigt deutlich die Phasen, die das Kapital bei der Sicherung des Gewinnes bis zur strengen Verbandsbildung durchläuft. Gleich jedem andern Kapital erscheint das Zementkapital anfangs auf dem Markt der freien Konkurrenz. Die dem Kapital eigene Gesetzmäßigkeit der Sicherung eines hohen Gewinnes führte das Zementkapital schon früh zusammen. In den neunziger Jahren entstanden die ersten Verbände in der Zementindustrie. Die Notwendigkeit der Verbandsbildung war hier durch die sich immer mehr überbietende Konkurrenz der einzelnen Unternehmungen gegeben. Erleichtert wurde die Verbandsbildung durch das einheitliche Produkt. Die Vorteile, die eine organisierte Industrie einer nichtorganisierten gegenüber hat, wurden durch den steigenden Verbrauch erhöht. Die gute Beschäftigung bei einem hohen Gewinn übte auf das anlagegierige Kapital große Anziehungskraft aus mit dem Erfolg einer weiteren Investition und Gründung von neuen Unternehmen. Die Unterbietung der verbandsmäßig organisierten Unternehmen führte dann gewöhnlich zu einer Durchbrechung oder zeitweiligen Aufhebung der Verbandsregelung. Die Außenleiter, die ihre Produkte unter dem festgesetzten Preis verkaufen, zogen dann einen Teil der Verbraucher an sich und verursachten eine Einschränkung der Produktion der organisierten Betriebe. Der Kampf in der Folgezeit war noch der Kampf mit alten Mitteln. Die organisierten Unternehmer gingen zu einem inoffiziellen Verkauf ihres Produktes unter Verbandspreis über. Die Verkopfung des Marktes nach jedem dieser Vorgänge führte gewöhnlich zu einer Krise in der Zementindustrie. In der Zeit der Verbandsbildung bis zum Ausbruch des Krieges hat die Zementindustrie drei schwere Krisen dieser Art durchgemacht. Die verbandsmäßig organisierten Unternehmen, deren Rentabilität durch eine monopolartige Preisfestsetzung gesichert war, hatten nämlich keine Veranlassung, produktionsfördernde und produktionserhöhlende Maßnahmen in ihren Betrieben durchzuführen. Mit dem Erscheinen neuer Unternehmungen auf dem Zementmarkt kam es zum Kampf; er endete gewöhnlich mit der Aufnahme der neuen Betriebe in den Verband. Im Jahre 1916 gelang es der Zementindustrie, eine reichsgesetzliche Verordnung zu erwirken, nach der es verboten war, eine Errichtung und Erweiterung von Zementfabriken vorzunehmen. Der Grund dazu war angeblich die unwirtschaftliche Art der Kapitalinvestition in der Zementindustrie. Nag damals bei dem vorhandenen Kapitalmangel das Gebot nötig gewesen sein, so war doch der Zweck der Maßnahme ziemlich durchsichtig. Der Versuch, sich mit staatlicher Hilfe bei dem großen Kriegsbedarf an Zement eine hohe Rente zu sichern, war allein dabei der leitende Gedanke.

Die Verordnung blieb bis Ende 1923 in Kraft. Aber auch die Ursache der Aufhebung dieser Verordnung läßt sich vom kapitalprofilmäßigen Standpunkt leicht feststellen. Neues Kapital, das unter sehr günstigen Voraussetzungen die Zementherstellung betreiben konnte, war hier die treibende Kraft. Die Verarbeitung der Hochofenschlacke zu Zement war für einen Teil der Eisenhüttenwerke der Anstoß zur Schaffung eigener Zementbetriebe. Die sonst wertlose Schlacke wird heute zu wertvollem Zement verarbeitet. Dazu kommen noch die Raufzementhersteller, die teilweise unter günstigen Erleichterungen der chemischen Zusammenlegung der Rohstoffe für die Zementherstellung den Portland-Zementwerken starke Konkurrenz machen.

Die Zementindustrie, die während der Zeit der staatlichen Sicherung ihre Monopolstellung noch stärker ausbauen konnte, versuchte jetzt ihre Gegner, die Außenleiter, mit neuen Mitteln unschädlich zu machen. Ihre Monopolstellung hatte es nicht verhindern können, daß auch nach dem Kriege bis heute durch die ungerechtfertigte Preispolitik der Zementverbände neue Außenleiter aufkamen.

Seid alle Kämpfer!

Das merkt Euch, die Ihr strebt
Nach der Freiheit, die das Leben verschönt:
Das Leben, das der Kämpfer liebt,
Ist eine Werkstatt. Darinnen dröhnt
Mit hellem Hammerschlag
Der Wille, das Schicksal zu schmieden;
Und jederzeit, Tag um Tag,
Greifen Hirn und Hände, stets unzutrieden,
Ins knirschende Räderwerk der Zeit,
Unrauhvoll schallend und wachend — taubereit!

Das ist der Kämpfer. Er verplündert
Sein Leben dem Kampf für Freiheit und Wahrheit.
Und nur so wird kühnlich vollendet,
Was einst mit bezwingender Klarheit
Große Seher auf gewaltigem Geistespad
Mit der Kraft ihres Hirns durchlorscht und gelehrt.
Nun wohl! Schmiedet den neuen Gerechtigkeitsstaat!
Die Wege zu ihm sind zwingend und freilich geklärt.
Seid alle Kämpfer! Seid mutig und taubereit!
Erringt! Euch mit ehernem Griff das Reich der Gerechtigkeit!

Taeft.

Der Interessenkampf in der Zementindustrie ist im Grunde nur eine Fortsetzung der Kämpfe, wie man sie am Anfang der Verbandsbildung hatte. Der Unterschied liegt nicht im Ziel, sondern in der Anwendung der Mittel. Die heutige Lage in der Zementindustrie wird bestimmt durch die Außenleiter und ihre Bekämpfungsmittel, die Kampfspreise. Zusammengefaßt hat die Zementindustrie drei Sndikate, die wieder im Deutschen Zementverband vereinigt sind. Der geographischen Lage der Standorte der Industrie entsprechend, ist sie in den nord-, west- und süddeutschen Zementverband eingeteilt. Die Aufgabe dieser Verbände ist, die Quotenverteilung, die Überwachung der Einhaltung der einzelnen Anteile und die Aufstellung der Absatzgebiete vorzunehmen. Das Gesamtkontingent wird ungefähr so verteilt, daß der west- und süddeutsche Zementverband etwas über die Hälfte, den Rest der norddeutsche Verband auf sich vereinigt. Norddeutsches Kontingent ist es der Wiking-Konzern, der 12 % des Gesamtkontingents oder 42 % des westdeutschen Sndikatananteils auf sich vereinigt. Süddeutsches Kontingent wird von Doppelhoff-Schwenski mit 15 % und der Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart werden mit 13 % des Gesamtkontingents kontrolliert. Diese beiden Unternehmen vereinigen mit Ausnahme der Eisenhüttenwerke 90 % der süddeutschen Quote auf sich. Norddeutsches Kontingent gibt 17 % seiner Produktion an die Schlesijsche Portland-Zement-Industrie U.-G. Oppeln oder 7 % des Gesamtkontingents ab.

Es wäre verfehlt, aus dieser Machtstellung der vier Konzerne auf einen Frieden in der Zementindustrie zu schließen. In der letzten Zeit waren es der westdeutsche und der schlesijsche Konzern, die besonders starke finanzielle Rüstungen vollzogen, zu dem Zweck, ihre Absatzgebiete entsprechend ihrer Produktionskapazität zu erweitern. Nachdem man von der freien Konkurrenz abgesehen ist, versucht jedes Unternehmen mit einer vom Verband festgesetzten Quote auszukommen. Die Unterschiedlichkeit der Unternehmen in Größe, Ausbau und technischer Vervollkommnung führt jedoch bei den größeren Unternehmen zu einer weiteren Rationalisierung. Neben dem weiteren

Ausbau der Betriebe läuft gleichartig die Ausdehnung der Herrschaft der großen Konzerne auf die mittleren und kleineren Betriebe. So beeinflusste nach dieser Richtung hin in der jüngsten Zeit der schlesijsche Konzern die mitteldeutsche Zementindustrie, die bisher über keinen Konzern verfügt. Der Zweck dieser Ausdehnung geschieht weniger aus Gründen der Vergrößerung des Absatzes, als vielmehr aus der vorbeugenden Maßnahme heraus, den andern Konzernen die Ausdehnungsmöglichkeit auf bereits bestehende Werke zu beschneiden. Indirekt läuft auch diese Manipulation auf die Stärkung der Position des Konzerns hinaus. Interessant an diesem Unternehmen ist der Weg, den man hier eingeschlagen hat. Die Schlesijsche Portland-Zement-Industrie U.-G. schiebt die Gruppe Jarislowski als Aufkäufer der Aktien der Zementwerke Prüssing, Adler und Saale vor. Durch den Ankauf von Prüssing-Aktien kommt Jarislowski in die Verwaltung des Werkes. Nach einer Fusion der beiden Zementwerke Adler und Saale, deren Stammkapital 7,5 Millionen Mark beträgt, verkauft Jarislowski dem Zementwerk Prüssing den Anteil der erworbenen Adler-Saale-Aktien und erwirbt sich bei einer Erhöhung des Aktienkapitals auf 5,3 Millionen Mark der Prüssing U.-G. einen weiteren Anteil. Die Folge davon ist, daß der schlesijsche Konzern mit den Prüssing-Aktien in der Höhe von 2 Millionen Mark auch auf die fusionierten Werke einen Einfluß ausüben kann. Hier sehen wir deutlich den Weg, den das Kapital einer Gruppe zur Beherrschung einer andern Gruppe einschlägt.

Der Kampf in den Kartellen wird verständlich durch eine Betrachtung der Kapitalzusammenfassung der einzelnen Unternehmungen. Durch die fortschreitende Rationalisierung und Konzernierung stieg die Produktionskapazität der größten Werke schneller als die der kleineren. Gegenwärtig arbeitet man in der Zementindustrie mit 60 % Ausnutzung der Anlagen. Mit der Rationalisierung stiegen auch zugleich die fixen Kosten gegenüber den proportionalen, in den größeren Werken mehr als in den kleineren und rückständigen Betrieben. Die Folge dieser Verschiebung führte in der Regel zu einer Preiserhöhung des Zements. Die nicht ausgenügte Leistungsfähigkeit, die in ihrem ruhenden Zustand einen Teil der Unterhaltungskapazität ausmacht, führt natürlicherweise eine Deckung der Aufkosten in der Erhöhung der Preise. Die Sicherung dieser Deckung und eines Gewinnes begünstigte die kleineren Unternehmungen um so mehr. Der Unterschied zwischen dem Quotenanteil und der Leistungsfähigkeit ist nicht so groß als bei den großen Werken. Einer Preiserhöhung, die etwa die großen Werke vornehmen könnten, widersehen sich die kleinen Unternehmungen. Die Folge ist auch hier wieder das Aufkommen von neuen Außenleitern, die ihre ersten Gegner in den Konzernen finden. Die Mittel, die diese anwenden, richten sich nach der Stärke des Gegners, und werden oft bis zu seiner Erschlaffung gebraucht. Einzelgründungen versucht man heute durch den Ankauf von Kalksteinbrüchen an Bahngeländen zu verhindern. Bereits entstandene Unternehmen kaufen man auf un' verhindert so ihre Konkurrenz. Nur da, wo die Außenleiter stärker oder wo die ausländische Konkurrenz auftritt, greift man zu Kampffreien.

Die Vorgänge, die sich augenblicklich in der Zementindustrie abspielen, sind von zweifacher Bedeutung. Einmal wird durch diese Kartellpolitik die Behauptung von der produktionsfördernden Tätigkeit der Kartelle widerlegt. Die organisatorische Zusammenfassung der Industrie in Form von Kartellen soll doch wohl schließlich etwas anderes sein, als das Betreiben einer einseitigen Interessenpolitik. Ein anderer, vielleicht noch größerer Unfuss kapitalistischer Wirtschaftspolitik ergibt sich aus der Notwendigkeit der Rationalisierung und der Sinkertreibung ihres wirtschaftlichen Erfolges durch eine die Kartellpolitik.

Trotz einer mehrmaligen Senkung der Zementpreise, notwendig gemacht durch die Konkurrenz, konnte die Zementindustrie in den letzten zwei Jahren mit einem hohen Gewinn abschließen. Nach der Zusammenfassung von 20 Unternehmen mit einem Stammkapital von 125 Millionen Mark betrug die Durchschnittsdividende in den Jahren

1926 und 1927 rund 11,2 % und 11,4 %. Berücksichtigt müssen dabei noch die Zurückstellungen und die hohen Abschreibungen in der Zeit der Hochkonjunktur werden. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Höhe des Aktienkapitals von 18 namhaften Unternehmungen. Von dem Gesamtnominalkapital in der Höhe von über 111 Millionen Mark vereinigen die drei Konzerne ohne Dyckerhoff-Schwenk in sich allein 72 Millionen Mark oder 65 % des Kapitals. Die Produktionshöhe der Zementindustrie hat das Jahr 1913 beträchtlich überschritten. Es betrug die Produktion:

Jahr	Produktion in Millionen Tonnen
1913	6,87
1926	5,95
1927	7,31

Die Syndikatserzeugung betrug in den Jahren 1926 und 1927 5,65 Millionen Tonnen, die Gesamterzeugung 6,78 Millionen Tonnen. Die Differenz läßt ohne weiteres auf die Stärke der Außenleiter schließen. Ein in diesem Jahre von dem norddeutschen Verband mit nichtorganisierten Unternehmungen durchgeführter Kampf brachte je nach Entfernung des umstrittenen Gebiets eine Preisenkung, die 15 bis 75 M unter dem Normalpreis lag. Daraus wird zweifellos die große Verteuerung des Zements durch die Syndikate ersichtlich.

Die Bestrebungen der meisten Länder, nach dem Kriege unabhängig zu sein, haben zu vielen Neugründungen geführt. Der deutsche Export nach Holland und Südamerika hat eine starke Einbuße erfahren. Der Anteil der deutschen Zementindustrie an Weltmarkt und Weltproduktion ist seit dem Jahre 1913 um 4,6 % und 7,9 % gefallen. Das ist ein Beweis der steigenden Weltproduktion und der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten im Absatz. Deutlicher wird die Ueberproduktion an Zement bei einem Vergleich der Produktionskapazität und ihrer prozentualen Ausnutzung der wichtigsten Zementländer Europas

Länder	Produktionskapazität in Millionen Tonnen	Produktion in Millionen Tonnen	Produktionskapazität im Verhältnis zu Prozent
Deutschland	66,7	42	63,8
Belgien	17,5	15,8	90,6
Italien	19	15,9	79
Frankreich	40	30	75
England	31	29	93,8
Tschechoslowakei	5	4	80
Polen	7,5	4	53,3

Der große Prozentfuß ungenutzter Produktionsmittel in Deutschland wird zu einer größeren Ausnutzung getrieben durch die Konkurrenz der Außenleiter und der Eisenhüttenwerke. Der Konflikt, der durch die Produktionskapazität und ihre Nichtausnutzung entsteht, veranlaßt in erster Linie die Konzerne, eigene Wege zu gehen und auf dem Wege der Aufzuehung der kleineren Betriebe eine größere Rentabilität zu suchen. Der Ausgang des Kampfes, der augenblicklich in der Zementindustrie ausgefochten wird, kann nicht ungewiß sein. Früher oder später werden die kapitalstarken Konzerne das Feld beherrschen. Wir stehen dann einer stärker konzentrierten Industrie gegenüber als heute. Die Verteuerung der Baustoffe wird dann weiter ohne Rücksicht auf den Wohnungsbedarf vorgenommen und eine hohe Dividende als Dank „mühevoller“ Arbeit vom Zementkapital eingestrichen werden.

Dividendenentwicklung im Baugewerbe.

Seit Ende der Markentwertung und seit dem Einsetzen der wirtschafts-technischen Umstellung, die wir als Rationalisierung bezeichnen, haben sich die Rentabilitätsverhältnisse der deutschen Industrie von Jahr zu Jahr gebessert. Wir sind in eine Periode ständig steigender und ungestörter eingetreten, eine Entwicklung, die durch die Hochkonjunktur im verflochtenen Jahre stark unterstrichen wurde. Nach der vom Reichsstatistischen Amt durchgeführten Erhebung hat sich in der deutschen Industrie die Durchschnittsdividende von 6,19 % im Jahre 1926 auf 7,47 % im Jahre 1927 gesteigert. Es handelt sich dabei um die übliche Enquete, die das Amt regelmäßig für die im Herbst erscheinenden Bilanzen unternimmt. Für das Jahr 1927 wurden 1518 Aktiengesellschaften erfaßt. Sie verfügten über 50 % des in der deutschen Industrie arbeitenden Kapitals. Die Erhebung ist umfaßend genug, um einen einigermaßen sicheren Schluß auf die Dividendenentwicklung und auf die Entwicklung der Rentabilität zu gestatten. Danach steigerte sich die Durchschnittsdividende um 21 %. Im Jahre 1926 standen für die Herbst-Dividendenabgaben 564 Millionen Mark zur Verfügung, aber für die Herbstabgaben 1927 ist der Betrag auf 743,3 Millionen Mark gestiegen. Es ergibt sich also eine Steigerung des Dividenden einkommens um 32 %. Welche Arbeitergruppe könnte sich rühmen, eine ähnliche Lohnerhöhung durchgesetzt zu haben?

Im Baugewerbe liegt die Durchschnittsdividende — und das war schon vor dem Kriege so — weit über der Durchschnittsdividende in der Gesamtindustrie. Die Entwicklung im Baugewerbe geht, verglichen mit der in der Gesamtindustrie, aus folgender Zusammenstellung hervor:

Gesamtindustrie	1926	1927	Durchschnittsdividende	1926	1927
Gesamtindustrie	564,1 Mill. Mk.	743,3 Mill. Mk.	6,19 %	7,47 %	
Baugewerbe	5,4	7	6,98 %	8,47 %	

Das gesamte Dividenden einkommen im Baugewerbe untersteht sich in seiner Steigerung kaum vor dem Rekordfuß von 32 % in der Gesamtindustrie. Die Steigerung des Dividenden einkommens bedeutet allgemein eine Zufußung von Blut an den Finanzkapitalismus, der in den Jahren nach der Inflation, abgeben von den Großbanken

Heinrich Hüftmann

Tieferschütterter erreichte uns die Nachricht, Heinrich Hüftmann ist tot. Nach tritt der Tod den Menschen an, es ist ihm keine Frist gegeben. Dies Wort galt leider auch für unsern Heinrich. Kaum vier Tage vor seinem Tode durch einen tödlichen Ueberfall auf seine Gesundheit ans Krankenlager gefesselt, hat am 22. Oktober Heinrich Hüftmanns gutes Herz aufgehört zu schlagen. Heinrich Hüftmann war ein echter Sohn des Volkes. Am 20. November 1868 in Schönwalde bei Lütin geboren, lernte er, durch frühzeitigen Verlust seines Vaters, schon in seiner Jugend



verhältnisse der Berufsgenossen im Bau zu beobachten, und die beeinflussenden Faktoren der Lebenshaltung gründlich kennen zu lernen und nützlich zu verwerthen, dann war das ein Ziel, das er bald verwirklichte. Heinrich Hüftmann, der allzeit unermüdete Vorwärtsdränger, der kluge abwägende Berater und Taktiker, der begeisterte Redner, hat von dieser Zeit an im Verein mit den in der Organisation mitwirkenden Kollegen stets an der Spitze des Frankfurter Gaues gewirkt. Es ging vorwärts! Das bewies die Ausprägung in der Rhein- und Mainebene im Jahre 1904. Die Beobachtung und Feststellung der sozialen Verhältnisse im Frankfurter Gebiet und das Streben nach Verbesserung ließen Heinrich nicht ruhen und rasten. Unter der Unanfechtbarkeit des zusammengetragenen beweiskräftigen Materials mußte im Jahre 1910 bereits eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden zustande kommen. Heinrich Hüftmann verstand es, überzeugend zu wirken. Persönliche Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit auch im einzelnen waren Eigenschaften, die ihn zu Vielen und Großen befähigten. Stets weit vorausschauend, war auch seine Stellungnahme bei allen innerorganisatorischen Fragen. Wo es galt, Verschmelzungen vorzunehmen, organisatorische Voraussetzungen zu schaffen, um die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern und ihren Anteil an der Kultur zu heben, war Heinrich Hüftmann, der erbsenwürdige Kollege und nie verlegende Freund, mit altem Willen an der Arbeit. In den Verhandlungen mit den Unternehmern, wo es galt, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern, wußte er mit seltener Begabung wichtig Material auf Material zu sichten, unantastbare Beweise zu führen und gleichzeitig an soziale Verpflichtungen zu erinnern, mit einer zwingenden Logik, die ihn stets als den zähen, leidenschaftlichen und unerbittlichen Kämpfer für die Arbeiter erkennen ließen.

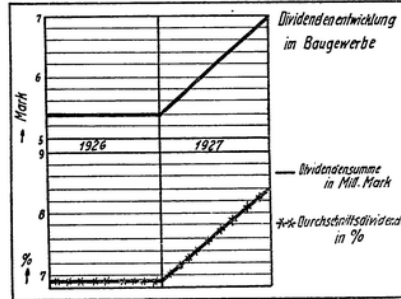
Auch über den Rahmen der Bauarbeiterbewegung hinaus hat unser Heinrich Hüftmann zu jeder Zeit an hervorragender Stelle in der Arbeiterbewegung gewirkt. Im Jahre 1904 wurde er ins Frankfurter Stadtparlament gewählt und im Jahre 1912 in den Deutschen Reichstag. An diesen Stellen hat er ebenfalls unermüdet und mit großer Sachkenntnis für die Interessen des arbeitenden Volkes seinen Mann gestanden. Wo er zu einer Frage Stellung nahm, fand er auch aufmerksame Zuhörer, das zeigte sich auch noch auf dem von einigen Wochen in Hamburg abgehaltenen Gewerkschaftskongress.

Der Deutsche Bauarbeiterverband und die Sozialdemokratische Partei verlieren in Heinrich Hüftmann einen tüchtigen und heroischen Kämpfer. Er wird nicht leicht zu ersetzen sein. — Freund Heinrich, tiefbetrübt stehen wir an Deiner Bahre. Dein Herz schlägt nicht mehr, Dein Mund ist verstummt. Nie mehr werden wir Deine begeisterten, überzeugungstreuen Worte hören. Wir müssen auf Deinen allseitig sehr geschätzten Rat verzichten. Das empfinden wir tief und bitter. Wir können Dir nur — und das tun wir von Herzen — für all das, was Du geleistet und im Interesse der Arbeiter geschaffen hast, unsere tiefempfundene Dank aussprechen. Ruhe in Frieden, lieber Freund Heinrich! Stets werden wir Dein Andenken in Ehren halten; stets werden wir bemüht und bestrebt sein, in Deinem Geist und in Deinem Sinne unermüdet und nie rastend zu wirken, bis unser großes gemeinsames Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse, erreicht ist!

das Los der vom Glück nicht Begünstigten kennen. Nicht ganz 60 Jahre alt, ist er nun von uns geschieden. Sein Leben ist für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und für die Bauarbeiterbewegung im besonderen sehr arbeitsreich gewesen. Es enthält ein besonderes Stück Geschichte in dem Wirken für die Bauarbeiter der Hessenländer und der angrenzenden Gebiete Bayerns, für die Bauarbeiter am Rhein und an der Lahn, im Wehlarer Gebiet und in Waldeck. Was für sie geschaffen worden ist, das ist zum größten Teil Heinrich Hüftmanns Lebenswerk.

Als im Jahre 1901 die Agitationskommissionen im Zentralverband der Maurer in Gaue umgewandelt wurden, kam Heinrich Hüftmann von Hamburg, wo er im Vorstand des Zweigvereins tätig war, als Gauvorsitzender nach Frankfurt a. M. Die Frankfurter Kollegen hatten ihn im Jahre 1901 auf dem Verbandsstag in Mainz kennen gelernt und begrüßten mit Freude seine Berufung nach Frankfurt. Die Organisation durchlebte damals in den hessischen Gebieten eine Krise. Wenn Hüftmann in seinem ersten Geschäftsbericht für den Gau feststellte, daß es eine der ersten Aufgaben sein werde, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens-

zuw., an Blutzere litt. Nach der Inflation wurden die Ueberhörsche der Betriebe zunächst in Betriebswerke angelegt. Die Dividenden rußten deshalb niedrig gehalten



werden. Jetzt scheinen sich die Dinge, durch die gute Konjunktur unterstützt, nicht unwesentlich zu ändern. Die Bedeutung der finanzkapitalistischen Kreise in Deutschland auf dem Kapitalmarkt, wo sich die Industrie mit Geldmitteln versieht, ist gewachsen, und die Industrie muß wohl oder übel der Forderung finanzkapitalistischer Kreise nach einer größeren Beteiligung an den Ueberhörschen durch Dividenden erhöhung Rechnung tragen. Wohin sie nach Lage der Dinge zunächst die industriellen Großgesellschaften, die kapitalistischen Finanzinstitute, und in zweiter Linie die sogenannten freien und kleinen Aktionäre. Im übrigen stellt sich dieser Prozeß, die Erhöhung des Dividenden einkommens, als Ausdruck vermehrter Produktivität dar. Da man annehmen kann, daß sich der Finanzbedarf infolge der Rationalisierung bei diesem Gewerbe nicht vermindert hat, kann man auch darauf schließen, daß die Profitquote im Laufe des Jahres 1927 stark in die Höhe ging. — Selbstverständ-

lich läßt die Durchschnittsdividende nicht mit Sicherheit auf die Entwicklung der Rentabilitätsverhältnisse schließen. Wir wissen, daß bei allen Werken mehr als vor dem Kriege die Bildung ungültiger Reserven betrieben wird. Die Selbstfinanzierung trägt einen großen Teil der Ueberhörschen auf. Demzufolge kann die Entwicklung der Durchschnittsdividende nur auf einem Teil der wirklichen Ueberhörschen basieren. Sie gibt so höchstens einen Anhaltspunkt für die Entwicklung der Rentabilitätsverhältnisse. Die Rentabilität dürfte im allgemeinen höher liegen als die Dividende anzeigen. Darauf weist auch folgende Zusammenstellung des vom Reichsstatistischen Amt veröffentlichten Materials für das Baugewerbe hin:

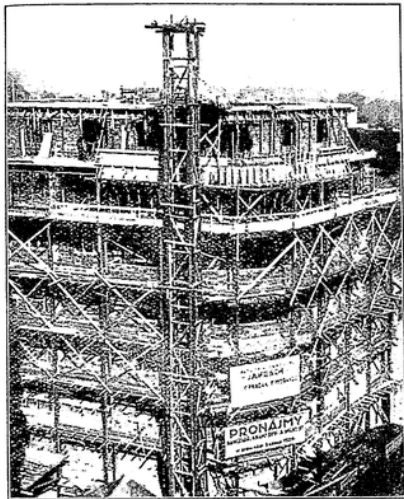
	1926	1927
Zahl der Gesellschaften	23	21
Nominalaktienkapital in Mill. Mk.	79,6	85
Anlagen	56	56,3
Vorräte	22,1	31,9
Beteiligung	13,8	17,8
Flüssige Mittel	56,1	69,5
Abschreibungen	5,9	7

Aus der Zahlenzusammenstellung spricht eine überaus gesunde, zum Teil sogar äußerst günstige Entwicklung der finanziellen Verhältnisse. Die ausgewiesenen Abschreibungen sind stark erhöht. In dem geliebten Posten Vorräte und in dem gestiegenen Beteiligungskonto dürften starke stille Reserven stecken; denn man darf annehmen, daß die Vorräte, wie allgemein üblich, sehr vorsichtig bewertet werden, und daß die erworbenen Beteiligungen zu Niedrigpreisen eingekauft worden sind. Starke Reserven müssen auch in den Anlagenkonten stecken. Es ist als sicher zu unterstellen, daß das Baugewerbe gerade im Jahre 1927 seine Reservenparkts erweitert hat. Wachstümlich kommt das jedoch nicht zum Ausdruck. Besondere Bedeutung kommt aber den flüssigen Mitteln zu, die sich stark steigern. Dem Baugewerbe ist es also gelungen, sich von der Abhängigkeit von den Banken, der Abhängigkeit von überhörschem Zins freizumachen. Die Entschuldungsaktion, die wir seit Jahren beobachten können, wurde im Jahre 1927 mit Erfolg weitergeführt.

Folgenschwere Baueinstürze, die zum Kampf um besseren Bauarbeiterchutz mahnen.

Die Baustelle als Massengrab.

Am 14. Oktober haben die Bauarbeiter Prags eine Anzahl ihrer Toten — die in den ersten Tagen geborgenen — zur letzten Ruhe geleitet. Die Arbeit ruhte. Den schwarzen



Vor dem Einsturz.

Särgen und den mit grünem Reisig und Blumen geschmückten Wagen folgte eine schier unübersehbare Arbeitermasse. Arbeiter aller Berufe waren herbeigeeilt, um den Toten die letzte Ehre und den Hinterbliebenen ihre Anteilnahme zu erweisen. Die Hinterbliebenen! Von ihnen gibt unser Bruderorgan „Der Bund“, die Zeitung des Verbandes der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramikindustrie in der Tschechoslowakischen Republik, ein erschütterndes Bild: „Die Nachricht über das Baunglück verbreitete sich in allen Gebirgsdörfern, aus denen die Bauarbeiter kamen und in Prag arbeiteten. Besonders in den südböhmischen Dörfern hat die furchtbare Grauensbotschaft viel Weinen und Jammern

der Frauen und Kinder, die den Vater, Ernährer verloren haben, ausgelöst. Der Schlag war für sie zu plötzlich, um sie begreifen zu lassen, daß der, der sich um sie bisher gekümmert hat, für sie arbeitete und sorgte, niemals mehr nach Hause kommen würde. Die Kinder werden niemals mehr dem Vater entgegengehen — weil der Vater dorthin gegangen, von wo es keine Rückkehr mehr gibt.“

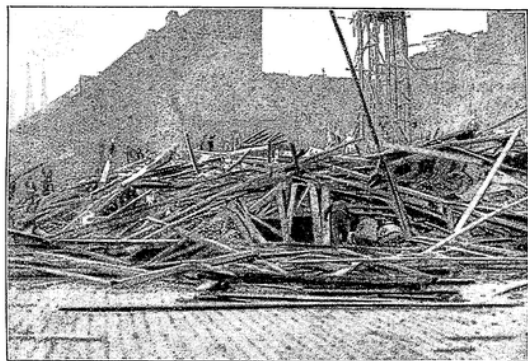
Diese Worte sind eine furchtbare Anklage gegen die privatkapitalistische Profitwirtschaft, gegen das Unternehmertum und gegen die Regierung. Verbesserte Arbeiterchutzbestimmungen und ihre peinlich genaue Durchführung sind dringend notwendig. Auch in Deutschland! Den deutschen Kollegen allüberall möge die Katastrophe in Prag ein Memento sein, ein weiterhin schallender Mahnruf im Kampfe um einen besseren Bauarbeiterchutz. Kein aufgeklärter Bauarbeiter, kein Familienvater, kein Ernährer seiner Angehörigen darf sich zum Mittel eines profitvollen Unternehmers erniedrigen und die Bauarbeiterchutzbestimmungen außer Acht lassen. Was sich in Prag ereignet hat, ist leider auch in Deutschland nicht unmöglich. Denn die Profitgier ist international, sie kennt keine Landesgrenzen! — Wie war's in Prag? Der eingestürzte Bau war ein Riefenbetonbau, der an einzelnen Stellen mit Ziegeln ausgekleidet war. Soweit die Schutzbestimmungen in Betracht kamen, entsprachen sie dem Normalmaß der in Prag — und auch in vielen Gegenden Deutschlands — üblichen Schuderhaftigkeit. Aber die Arbeiter sind in einer Weise ausgeführt worden, die einzig dastehend festgesetzt ist, daß schlechter Zement verwendet wurde, der sehr wenig Bindefähigkeit hatte. Außerdem ist auch das Mischungsverhältnis weit über das zulässige Verhältnis, das im Höchstmaß 1:8 beträgt, überschritten worden. Das Mischungsverhältnis soll in Prag bei diesem Mnglücksbau 1:18 betragen haben! Der verwendete Schotter wies so große Stücke auf, die bei Stampfbeton weder für Deckenkonstruktionen noch für Pfeiler verwendet werden können. Das Mischgut war außerdem nicht gefämert, so daß die Bindefähigkeit noch weiter herabgemindert war. Und das alles des Profites wegen! Vor dem Einsturz haben sich an einigen Stellen des Baues Risse gezeigt, auf die die Bauführung von den Arbeitern aufmerksam gemacht worden ist. Die Bauführung beachtete dies aber nicht. — Nach den Feststellungen über die Einsturzsache gab an der einen Front des Gebäudes ein Pfeiler nach, was den sofortigen völligen Einsturz des ganzen Hauses nach sich zog. Hieran ist schon zu ersehen, wie ungemein leidetlich der ganze Bau ausgeführt worden ist. Wie unsere Bilder zeigen,

Prag-Eibau. Nur dem Umfande, daß dieser Bau um Mitternacht einstürzte, ist es zu verdanken, wenn niemand getötet worden ist. Sechs slowakische Arbeiter, die auf der Baustelle nächtigten, haben sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Ursache des Einsturzes ist auch hier die Verwendung schlechter Baustoffe: Ziegelbrocken und schlechtes Bindematerial.

Wieder ein Baueinsturz!

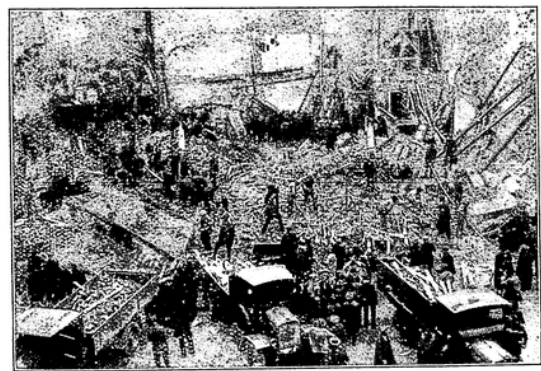
Am 18. Oktober ist in Vincennes bei Paris ein im Bau befindliches siebenstöckiges Wohnhaus in sich zusammengebrochen. Es wurden weit über 20 Arbeiter verschüttet. Nach vielfältigen Bergungsarbeiten sind insgesamt 19 Tote geborgen worden. Man nimmt an, daß noch 12 Arbeiter unter den Trümmern liegen. — Auch in diesem Falle sind mangelhafte Beachtung allgemeiner Regeln der Baukunst die Ursache des Unfalles. — Die Bergungsarbeiten in Prag und bei Paris sind zur Zeit dieser Niederschrift noch im vollen Gange. Es muß mit weiteren Toten gerechnet werden.

In unsern Forderungen nach baldiger Schaffung eines einheitlichen und verbesserten Bauarbeiterchutzes und nach

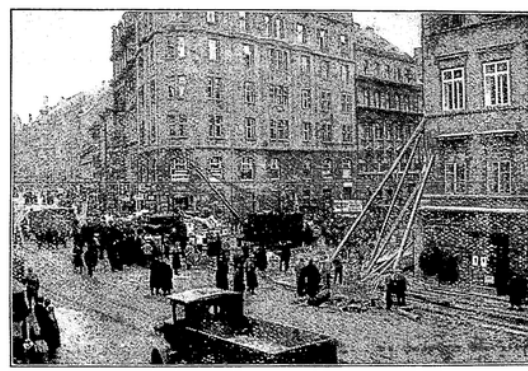


Nach dem Einsturz.

Einstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der Bauarbeiter halten immer wieder Klagerufe von Frauen und Kindern. Mögen die Regierungen die Klagerufe hören und das tun, was nötig ist, um der Profitgier die Klauen zu beschneiden. Das ist dringlich nötig. Auch in Deutschland! Die Gewerkschaften werden nie aufhören, die Bestrebungen nach besserem Bauarbeiterchutz mit allen Kräften zu fördern. Zu den Kräften für die Verwirklichung solcher Ziele gehören aber nicht zuletzt auch der Wille und die Erkenntnis der Bauarbeiterchaft von der Notwendigkeit des Bauarbeiterchutzes. Deshalb herbei Ihr Bauarbeiter, kämpft mit eurer Gewerkschaft um besseren Bauarbeiterchutz!



Bei den Aufräumungs- und Rettungsarbeiten.



Fortgang der Aufräumungsarbeiten.

Allgemeinverbindlicherklärung von tariflichen Vereinbarungen.

Bezirksstariftvertrag für Nordwestdeutschland. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums im Reichsarbeitsblatt Nr. 12 vom 20. April 1928, Geschäftszeichen 3624, ist die am 17. Januar 1928 abgeschlossene Vereinbarung betreffs Erweiterung des Vertragsgebietes Nürnberg a. d. W. mit Wirkung vom 1. März 1928 als Nachtrag zu vorgenanntem Bezirksstarift für allgemeinverbindlich erklärt worden. Eingetragen in das Tarifregister am 12. April 1928 auf Blatt 8599 Ibd. Nummer 3.

Bezirksstariftvertrag für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums im Reichsarbeitsblatt Nr. 14 vom 10. Mai 1928, Geschäftszeichen 3673: Die Allgemeinverbindlicherklärung des Bezirks-Lohn- und Arbeitsstarifts vom 21. April 1927 für das Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisenbeton- und Tiefbaugewerbe wird für den Hochbau mit Wirkung vom 1. April 1928 auf nachfolgenden räumlichen Geltungsbereich ausgedehnt: Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz mit Einschluß des pommerischen Teiles des Lohngebietes Ahmbitz-Damgarten, als dessen äußerste Grenze auf pommerischem Gebiet folgende Orte gelten: Ahrenshoop, Reuenborf, Herrmannshagen, Helsenburg, Neuhof, Altewilsersbagen, Erzbibm und Gruel; ferner mit Einschluß des laubenburgischen Gebietes folgende Orte gelten: Techin, Sittenburg, Laßahn und Sakenhof. — Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf den branden-

burgischen Teil des Lohngebietes Fürstenberg als dessen Grenze auf brandenburgischem Gebiet folgende Orte gelten: Burow, Alt- und Neu-Globjow und Nagow, bleibt vorbehalten. Eingetragen in das Tarifregister am 30. April 1928 auf Blatt 8390 und 8703 Ibd. Nummer 3.

Bezirksstariftvertrag für die Kreise Elmberg, Oberwiesenthal, Belsberg, Oberlahn und Unterlahn. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums im Reichsarbeitsblatt Nr. 15 vom 20. Mai 1928, Geschäftszeichen 4004, ist der am 4. November 1927 abgeschlossene Bezirksstariftvertrag mit Wirkung vom 1. April 1928 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Allgemeinverbindlicherklärung erstreckt sich nicht auf § 4 (Behandlung von Streitigkeiten) des Tarifvertrages. — Die Allgemeinverbindlicherklärung des Tarifvertrages vom 12. Mai 1927 tritt mit seinem Ablauf außer Kraft. Eingetragen in das Tarifregister am 8. Mai 1928 auf Blatt 8092 Ibd. Nummer 3.

Bezirksstariftvertrag für die Provinz Brandenburg. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums im Reichsarbeitsblatt Nr. 15 vom 20. Mai 1928, Geschäftszeichen 3548, ist der am 12. Januar 1928 abgeschlossene Bezirks-Lohn- und Arbeitsstariftvertrag nebst Anhängen I und II mit Wirkung vom 1. April 1928 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der berufliche Geltungsbereich erstreckt sich auf alle Arbeitergruppen, wie dies der für allgemeinverbindlich erklärte Reichstariftvertrag für das Baugewerbe vorsieht. Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich auf die Provinz Brandenburg (ausgeschlossen des Vertragsgebietes der Stadtgemeinde Berlin nebst Vororten) sowie die Kreise Merseburg, Schwern a. d. W. und Hoperswerda. Die Allgemeinverbindlicherklärung erstreckt sich nicht auf die Lohn-

sätze in § 3 und ferner nicht auf § 7 des Lohn- und Arbeitsstariftvertrages. — Die Allgemeinverbindlicherklärung des Lohn- und Arbeitsstariftvertrages vom 30. September 1926 tritt mit seinem Ablauf außer Kraft. Eingetragen in das Tarifregister am 9. Mai 1928 auf Blatt 8121 Ibd. Nr. 11.

Bezirksstariftvertrag für den Freistaat Hessen (Eismweg-Fulda). Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums im Reichsarbeitsblatt Nr. 24 vom 25. August 1928, Geschäftszeichen 4005, ist der am 7. September 1927 abgeschlossene Bezirksstariftvertrag mit Wirkung vom 1. Juni 1928 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der berufliche Geltungsbereich erstreckt sich auf die gewerblichen Arbeiter im Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisenbeton-, Tiefbau-, Pfisterer-, Fliesenleger-, Stukkateur-, Kabiner- und Kanalarbeitergewerbe in: Umfange des für allgemeinverbindlich erklärten Reichstariftvertrages. Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich auf die Kreise Eismweg, Fulda, Gellenhausen, Oersfeld, Hersfeld (mit Ausnahme der Orte Philippsthal, Heimboldshausen und Heringen), Hünfeld, Rotenburg, Schlüchtern, Wigenhausen, sowie Stadt und Landkreis Hanau von der Provinz Hessen-Nassau; Kreise Alsfeld, Bidingen, Friedberg, Lauterbach, Offenbach a. M. und Schotten vom Freistaat Hessen. Die Allgemeinverbindlicherklärung erstreckt sich nicht auf § 4 (Behandlung von Streitigkeiten) des Tarifvertrages. Die Allgemeinverbindlicherklärung der Lohngruppen-einteilung, gültig vom 17. Juni 1926 an, und des Lohnstarifts, gültig vom 17. Juni 1926 bis 28. Januar 1927, tritt mit Ablauf der Vereinbarung außer Kraft. Die Allgemeinverbindlicherklärung ist eingetragen in das Tarifregister am 10. August 1928 auf Blatt 8083 Ibd. Nummer 2.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gelpert sind in Barchebe das Baugeschäft Sörensen, in Delmenhorst die Baustelle F. Mahler und in Segeberg die Firmen Meyer und Stürmold. Gelpert sind die Abbrucharbeiten der Firma Holländer aus Wachen auf der Pulverfabrik Troisdorf bei Bonn.

Gliesenleger: Zugang nach Rostock ist fernzuhalten. **Töpfer:** In Zeitz find die Ofenschmiede Gustav Neumann, Gustav Hörnigke und Emil Böhme gelpert.

Stuckateure und Putzer: In Weimar ist die Firma Scheibe gelpert.

Haupttarifamt für das Baugewerbe. Im Bericht von den Haupttarifamtverhandlungen am 29. September ist im „Grundstein“ Nummer 41 insofern ein Fehler unterlaufen, daß in der Stuttgarter Lehrlingsfreistafel gesagt ist, das Tarifamt Stuttgart hätte ausgesprochen, nur Pflichtschulkindern seien zu bezahlen. Zur Rehabilitierung des Stuttgarter Tarifamtes ist dazu richtiggestellt, daß es dahin entschieden hatte, alle in die Lehrzeit fallenden Schulfunden, ohne Rücksicht auf das Alter, seien zu bezahlen. Das ergibt sich schon daraus, daß wir die Wichtigkeit dieser Entscheidung verlangt hatten.

Aus den Baugewerkschaften

Bodum. (Peter Krause) Unsere Fachgruppe der Werkmaurer hat einen schweren Verlust erlitten. Ihr langjähriger Obmann Peter Krause ist an den Folgen einer Lungenerkrankung verstorben. — Früh schon fand er den Weg zu unserer Organisation und stellte sich in ihren Dienst. Sein Wirken galt besonders den Werkmaurern. Als Betriebsratsmitglied auf dem Bodumer-Verein und auch auf den Eisen- und Stützenwerken hat er in sehr geschickter Weise die Interessen der Werkmaurer wahrgenommen. Noch im besten Mannesalter lebend, erst 39 Jahre alt, ist er nun ein Opfer seiner schweren Berufes geworden. Nach Verrichtung einer sehr heißen Arbeit an einem Martinofen zog er sich auf dem Wege zum Umkleideraum eine Erkältung zu, die in wenigen Tagen zum Tode führte. Die Werkmaurer ehren das Andenken ihres verstorbenen Freundes Peter am besten, wenn sie ihre zuständige Organisation, den Deutschen Baugewerksbund, stärken, damit durch die Kraft der Organisation die Berufsgefahren der Martinofenmaurer herabgemindert und sie bei der schweren und gesundheitsgefährlichen Arbeit auch den Achtstundentag erhalten.

Bonn. (Halbjahresversammlung.) Der Vorliegende, Kollege Ritsche, gedachte zunächst ehrend der Toten im letzten halben Jahre. Darunter befanden sich auch zwei alte Veteranen unserer Bewegung. Wilhelm Kemp hat schon im früheren Maurerverbande im Bonner Bezirk seinen Mann gefunden. Er hat auch vielfach sein Brot außerhalb Bonns suchen müssen. Die Stukkateurfachgruppe hat ihren Senior, den alten Johann Thiesen, verloren. Schon zu Fachvereinszeiten war Kollege Thiesen ein Förderer der Gewerkschaftsbewegungen. Noch zu Beginn des Krieges hat der damals 65jährige den Posten des Schiffsführers im Bauarbeiterverbande bekleidet. Weiden Alten gebührt der Dank der Radlebenden. Dann gab Kollege Sopp den Geschäftsbericht. Hätte das Jahr 1927 in vieler Hinsicht eine Konjunkturbelastung gezeigt, so zeigte das erste Halbjahr 1928 ein Abflauen der Wirtschaftslage. In unserem Bezirk hat man in einem ganzen Teil Gemeinden die Hauszinssteuermittel für 1928 schon im vergangenen Jahre verbraucht. Wenigen Baupläne waren allerwärts geplant, sie konnten aber nicht durchgeführt werden. Die Hinnahme, Auslandskredite für den Wohnbau stüßig zu machen, finden noch immer nicht die nötige Beachtung. Im Stadtbezirk Bonn waren zu Beginn des Jahres 280 Haushaltungen mohnungslos. Wann endlich wird man der Wohnungsbaufrage die Bedeutung beimessen, die ihr vom kulturellen Standpunkt aus betrachtet zukommt? Die Arbeitslosigkeit war im ersten halben Jahre bedeutend höher als 1927. Zu Beginn des Jahres waren etwa 70 % der Mitglieder erwerbslos, am Ende des Halbjahres waren es immer noch 10 bis 12 %. Die Konkurrenz haben bedeutend zugenommen. Auch im Baugewerbe sind einige Unternehmer in Zahlungsschwierigkeiten geraten, zum Teil haben auch unsere Mitglieder Lohnneinbuzen erlitten. Trotz alledem konnten wir unser Organisationsfeld erweitern. In vier Zahlstellen konnten wir neuerdings wieder Fuß fassen. Das Versammlungsleben war rege, nur läßt der Besuch an manchen Stellen noch zu wünschen übrig. Wegen arbeitsrechtlicher Belange hatte die Geschäftsleitung 24 Termine vor den Arbeitsgerichten zu wahren. Siebenmal tagte die Schlichtungskommission und in drei Fällen mußten wir das Tarifamt anrufen. Auf dem Klagewege haben wir 914,37 M. zu Gunsten unserer Kollegen gertreff. In zwei Fällen sind wir abgemildert worden. Die bezirklichen Lohnregelungen sind einigermaßen befriedigend ausgefallen. Am Universitätsbau mußten wir dem Tarifvertrage für das Baugewerbe mit einer achtstägigen Sperre Geltung verschaffen. Im Gliesenlegewerbe war bis zum Schlusse des Halbjahres noch keine Neuregelung getroffen. Im Glasergewerbe ist die tarifliche Regelung in Frage gestellt. Die Glaser in Bonn arbeiten vielfach unter Tarif. In der Arbeitszeitfrage haben wir den schlimmsten Auswüchsen durch die Aufsichtsböhrden steuern müssen. Die Mitgliederbewegung ist nicht befriedigend. Trotz 410 neuen Eintritts haben wir nur einen Zugang von 81 Mitgliedern. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 20 918,64 M. Davon sind an 206 arbeitslose Mitglieder 6334,45 M. und an 95 kranke Mitglieder 2993,65 M. zurückgefloßen. Fast die Hälfte der Hauptkassengelder sind also in Form von Unterstüßungen den Mitgliedern wieder zugute gekommen. — Die Aussprache über den Geschäfts- und Kassenericht war im allgemeinen sachlich. An der Schreilbeweise des „Grund-

stein“ wurde insofern Anstoß genommen, daß er, besonders während des Wahlkampfes, für die SPD. eingetreten ist. (Was wird der „Grundstein“ auch künftig wieder er tun; denn für ihn ist allein maßgebend der Wille unserer obersten gesetzgebenden Körperschaft, nämlich des Bundesrates.)

Göshow. (Stiftungsfest und Jubilarfeste.) Unsere Baugewerkschaft veranstaltete zur Ehrung von drei Jubilaren eine Familienfeier; zugleich wurde das 25jährige Stiftungsfest gefeiert. Kollege Kromas, Straßund, hielt die Festrede. Er überbrachte die Grüße des Bezirks- und Bundesvorstandes und betonte dann weiter, daß die Kollegen vor 25 Jahren Mut aufbringen mußten, um der Organisation zu dienen. Den Jubilaren sei man Dank schuldig; sie sind es gewesen, die damals den Zusammenschluß der Bauarbeiter in Göshow herbeigeführt haben. Dann ging der Redner über auf die Jetztzeit. Es sei Pflicht jedes einzelnen Kollegen, die achtstündige Arbeitszeit innezuhalten und dafür zu sorgen, daß die richtigen Löhne gezahlt werden. Auch müssen die Kollegen die sozialistische Arbeiterpresse halten; das tägliche Gift der bürgerlichen Zeitungen diene nur zur Hemmung der freien Gewerkschaftsbewegung. — Dann überreichte Kollege Franz Gusk die Jubilaren (Hermann Schüler, Friedrich Schmidt und Wilhelm Kubrt) die Ehrenurkunde und die Jubilarnadel; er brachte ein Hoch auf sie und den Baugewerksbund aus. — Alle Teilnehmer verlebten dann noch in frohem Beisammensein einige schöne Stunden.

Reutlingen. (Bericht vom 3. Vierteljahr.) Die Bautätigkeit hat sehr stark nachgelassen, so daß schon im September arbeitslose Maurer vorhanden waren. Auf beschäftigt war nur der Tiefbau durch den Bau eines Kraftwerkes in Tübingen und einer Brücke in Rotenfburg. Die Gipser hatten bis jetzt noch vollauf Beschäftigung, doch dürften in einiger Zeit die Aufträge erloschig sein. Mit dem 27. September ist eine Lohnerhöhung fällig geworden, und zwar für Maurer, Gipser und Tiefbauarbeiter 3 %, und für Bauhilfsarbeiter 2 %. Mit wenigen Ausnahmen wurden die neuen Löhne auch gezahlt. Wo dies nicht geschah, liegt es an der Feigheit der Bauarbeiter selbst. Sind doch sogar noch einige Bauarbeiter vorhanden, die zum Teil 6 % unter Tarif arbeiten; nur um Arbeit zu haben. Hauptächlich gilt dieses für die Arbeiter bei der Firma Dannemann & Weller in Tübingen. Das müßte eben besonders tüchtige Maurer sein, die sich dazu hergeben, unter dem Tariflohn zu ar-

beiten! Der Bauarbeiterlohn läßt sehr viel zu wünschen übrig. In letzter Zeit wurde von der Bauarbeiterlohnkommission eine Kontrolle durchgeführt, wobei sehr große Mängel festgestellt wurden. Ganz besonders gilt dies für Pfullingen und Tübingen. Mit dem Photographenapparat haben wir einige Bilder festgehalten, um sie bei Gelegenheit zu verwerthen. — An dem Neubau des Stadtschultheißen in Pfullingen steht ein Abort, der weder Dach noch Tür, noch Sitzbrille hat. — In der Bezirkszeit haben wir wiederum durch Abwurf vom Gerüst einen Todesfall gehabt. Die Werbarbeiter wurde sehr lebhaft betrieben. Im 3. Vierteljahr sind 149 Mitglieder aufgenommen worden. Unsere Kassenzustände haben sich gebessert. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 9619,45 M., mit dem Kassensbestand vom vorausgehenden Vierteljahr insgesamt 12 909,37 M. An die Hauptkasse wurden abgeführt 8830,10 M.; für Unterstüßungen mußten 1170 M. verausgabt werden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 3987,03 M., denen 3847,52 M. an Ausgaben gegenüberstehen. Es ist zu hoffen, daß sich bei günstiger Bautätigkeit die Baugewerkschaft gut entwickeln wird. Der Markenverkauf betragt auf das einzelne Mitglied umgerechnet 11 Vollbeiträge und 2 Freimariken. 4 Mitglieder beziehen Invalidenunterstüßung, während insgesamt 19 Mitglieder invalide sind. In Tübingen und auch in andern Orten wäre es angebracht, wenn mehr für die Organisierung der Lehrlinge getan würde. Jeder Bauarbeiter muß bestrebt sein, daß sein Nebenkollege nicht abseits steht, sondern sich unterm Baugewerksbund anschließen!

Weißheim. (Vom Bau der Zugspitze-Bahn.) Die Bauarbeiten zwischen Eibsee und Zugspitze setzen jetzt voll ein. Von Garmisch bis zum Eibsee stehen jedoch über 100 Grundbesitzer geschlossen dem Fortschreiten der Arbeiten entgegen, um höhere Preise für die Grundstücke zu erzielen. Es muß erst zur Enteignung geschritten werden, um die Bauarbeit voll aufnehmen zu können. Bis jetzt sind 250 bis 300 Arbeiter beschäftigt; wenn erst die Arbeit voll aufgenommen ist, werden wohl noch Hunderte von Arbeitern beschäftigt werden können. Die Aufträge teilen sich die Firmen Eduard Hummel und H.-G. Hoch und Tief in München. — Wer nun als Fremder die Baustelle Eibsee besucht, dem wird die große Zahl von großen und kleinen Herren auffallen, die als Aufsicht „wirken“, er wird vielleicht annehmen, daß auch für die Arbeiterlohnfrage und ihre Geltendmachung genügend gesorgt ist. Dem ist aber nicht so! Leider ist schon ein junges Menschen-

Baugewerkerlöhne nach den Lohnverhandlungen März/April und September 1928 vor dem Haupttarifamt.

Bezirksverband und Bertragsgebiet	Spitzenlöhne						Die Spitzenlöhne erhöhen sich seit März 1928 für					
	April bis September 1928			Von Ende Sept. 1928 bis März 1929			Maurer		Hilfsarbeiter		Tiefbauarbeiter	
	M	H	T	M	H	T	Δ	%	Δ	%	Δ	%
Königsberg												
Ditpreußen	113	93	72	113	93	72	7	6,6	6	6,9	4	5,9
Stettin												
Groß-Stettin	123	102	79	127	105	81	10	8,5	8	8,2	6	8,0
Provinz Pommern	108	90	67	111	93	69	8	7,5	7	8,1	7	11,3
Grenzmark	104	83	65	104	84	65	6	6,1	7	9,0	3	4,8
Breslau												
Niederschlesien:												
Breslau	119	99	87	121	100	89	8	7,1	6	6,4	7	8,5
Grünberg	94	78	66	96	80	68	7	7,9	7	9,6	7	11,5
Görlitz	105	87	73	108	90	75	8	8,0	7	8,4	7	10,3
Olab	89	72	68	93	77	70	10	11,9	11	16,4	10	16,4
Oberschlesien:												
Gleiwitz	95	79	59	99	82	62	11	12,4	8	10,7	10	18,9
Otmuchau	91	76	63	95	79	67	7	7,7	5	6,6	7	11,1
Berlin												
Groß-Berlin	142	113	90	147	120	94	11	8,1	14	13,2	10	11,9
Provinz Brandenburg	101	83	70	104	86	72	8	8,3	8	10,3	6	9,1
Magdeburg												
Sachsen-Anhalt	122	102	85	125	105	88	9	7,8	8	8,2	8	10,0
Erfurt												
Thüringen	115	98	95	118	100	97	8	7,3	6	6,4	6	6,6
Osterrand	109	90	87	112	92	89	7	6,7	6	7,0	6	7,2
Frankfurt a. Main												
Mitteldeutschland	129	107	104	131	109	106	8	6,5	7	6,9	7	7,1
Oeißen	108	90	88	111	92	90	8	7,8	6	7,0	6	6,7
Kassel	118	98	93	121	100	95	8	7,1	6	6,4	6	8,0
Hann.-Münden	109	91	86	112	93	88	8	7,7	6	6,9	6	7,0
Mittlere Lahn	108	90	90	111	92	92	8	7,8	6	7,0	6	7,0
Kreuznach	123	102	90	125	104	92	7	5,9	6	6,1	6	7,0
Freistaat Waldeck	90	76	76	93	79	79	7	8,1	6	8,2	6	8,2
Köln												
Rheinland	127	105	84	130	108	87	8	6,6	7	6,9	6	7,4
Westmark	123	102	81	125	104	83	7	5,9	6	6,1	5	6,4
Dortmund												
Westdeutschland	120	100	74	123	102	76	9	7,9	7	7,4	8	11,8
Siegerland	104	85	73	106	88	74	7	7,1	7	8,6	5	7,2
Hannover												
Nordwestdeutschland	123	103	91	126	105	92	9	7,7	7	7,1	6	7,0
Freistaat Braunschweig	122	104	88	124	105	89	8	6,9	6	6,1	5	6,0
Westfalen-Ost und Lippe	122	104	92	124	104	93	7	6,0	2	2,0	5	5,7
Bremen												
Unterweser-Ems	129	110	102	132	114	102	9	7,3	7	6,5	4	4,1
Hamburg												
Norden	144	121	100	149	125	103	11	8,0	9	7,8	7	7,3
Rostock												
Mecklenburg	107	88	73	110	90	75	7	6,8	5	5,9	5	7,1
Dresden												
Freistaat Sachsen	130	108	102	133	110	105	8	6,4	7	6,8	8	8,2
Rheinberg-München												
Bayern	128	106	106	131	109	109	8	6,5	7	6,9	7	6,9
Stuttgart												
Württemberg	126	105	97	129	107	98	8	6,6	9	9,2	8	8,9
Karlsruhe												
Mittel- und Oberbaden	123	100	95	125	104	97	8	6,8	9	9,5	6	6,6
Unterbaden-Vorderpalz	126	102	97	129	107	99	9	7,5	10	10,3	7	7,6
Pfalz	121	101	97	124	103	98	8	6,9	7	7,3	4	4,3

¹ Vom 1. Juli 1928 an; vom 1. Januar 1929 85 % ² Vom 1. Februar 1929 an 1 % mehr. ³ Vom 1. Januar 1929 an 98, 81, 70 % ⁴ Vom 4. Juli 1928 an 1 % mehr.

